

Grundsatzaussprache zum Haushalt 2015 der Stadt Sindelfingen  
CDU-Fraktion Walter Arnold  
17. März 2015  
(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Vöhringer,  
Herr Bürgermeister Gangl, Frau Bürgermeisterin Dr. Clemens,  
Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren.

Der Haushalt 2015 ist, wie schon in den Vorjahren, im ersten Quartal des Jahres eingebracht worden. Uns ist bekannt warum dies so ist, wir kennen die Umstände und wir akzeptieren dies, weil wir Wert auf verlässliche Zahlen legen. Unter diesen Umständen haben wir auch akzeptiert, dass die HH-Einbringung zweimal nach hinten verschoben wurde.

Wofür wir kein Verständnis haben ist, dass zwischen HH -Einbringung und Grundsatzaussprache ein Zeitraum von 14 Tagen liegt und in diesen 2 Wochen fast jeden Tag eine Ausschuss-Sitzung mit hochkarätigen Themen und einer Vielzahl von Tagesordnungspunkten statt fand.

Den Haushalt haben wir oft bis kurz vor Mitternacht so gut es ging beraten und dabei unseren Mitgliedern einiges abverlangt.

Die Terminplanung zeugt von wenig bzw. überhaupt keinem Fingerspitzengefühl und ist in dieser Form einmalig und wird dies auch so bleiben, denn ein zweites Mal werden wir dies so nicht akzeptieren.

Überhaupt sehen wir bei nachträglichen Terminen gewisse Grundsätze nicht mehr eingehalten. So ist die Schulferienzeit schon immer sitzungsfrei und die Mitglieder des Gemeinderats planen da ihren Urlaub und der kann bei dem einen am ersten Tag, bei dem anderen am letzten Tag der Ferien beginnen beziehungsweise enden. Diese Vorgehensweise erweckt den Eindruck, dass die zeitlichen Belange der Gemeinderäte keine Rolle spielen, sondern die Festlegung nach dem Kalender der Verwaltung erfolgt.

Nun zum Haushalt selbst. Die Verwaltung bezeichnet das Zahlenwerk des HH-2015 als ausgeprägte Zurückhaltung. Diese Vorgehensweise ist ausdrücklich zu begrüßen. Dabei stellt sich aber die Frage, wie der Gemeinderat und die Verwaltung mit der Zurückhaltung umgeht. Es wird auch immer wieder erwähnt, dass die Haushaltskonsolidierung fortgesetzt werden muss, bloß Ernst genommen wird sie eigentlich von niemanden mehr.

Begehrlichkeiten sind auf allen Seiten vorhanden, die Standards und Ansprüche eher groß als bescheiden. Sich etwas zurückzunehmen fällt uns allen schwer, aber trotzdem sollten Gemeinderat und Verwaltung in der Zukunft was Kosten betrifft etwas kritischer und sparsamer sein.

Inhaltlich kann man den Haushalt als zufriedenstellend bezeichnen. Auf die einzelnen Positionen möchte ich diesmal nicht näher eingehen, denn diese wurden bei der HH-Einbringung ausführlich erläutert. Eine HH-Position ist in diesem Haushalt nicht mehr relevant, es fehlt nämlich die Abmangelzahlung von rund 6 Mio. € an den Klinikverbund Südwest, was eine spürbare Entlastung für unseren Haushalt bedeutet.

Erfreulich ist, dass wir in der Lage sind, fast 24 Mio. € zu investieren und im Kernhaushalt weiterhin schuldenfrei bleiben.

Was den Ausblick für die nächsten Jahre betrifft, werden wir die aufgezeigte Verschuldung so nicht akzeptieren. Zum einen sind wir überzeugt, dass nach heutigen Erkenntnissen dies so nicht eintreffen wird, denn auch wir erkennen, wo im Haushalt gewisse Reserven eingebaut sind.

Sollten wir aber trotz allem in eine prekäre Haushaltssituation geraten, so ist einfach die Stellschraube bei den Ausgaben entsprechend zu drehen. Denn es ist doch sicherlich in aller Interesse, dass wir weiterhin die solide, schwäbisch geprägte Haushaltspolitik fortsetzen.

Bei der Durchsicht des Haushaltes haben wir die Erkenntnis gewonnen, dass wir da nichts streichen bzw. reduzieren wollen, sehen uns aber auch nicht genötigt, oben etwas darauf zu satteln. Viel mehr sehen wir die Notwendigkeit, gewisse Dinge anzusprechen bzw. Anregungen zu geben, wo wir Handlungsbedarf haben bzw. Änderungen notwendig sind.

Das große Thema, das Bürgerschaft, Gemeinderat und Verwaltung beschäftigt, ist die Sportstättenkonzeption und insbesondere die Stadionfrage.

Bei der auf den Weg gebrachten Variante A wurde die sogenannte Pausentaste gedrückt. Enorme Preissteigerungen und starke Erlöseinbußen bei der Baulandkonzeption im Bereich Floschen rechtfertigen, dass man über neue Wege nachdenkt. Es entstand die Variante B, welche das Floschenstadion wieder ins Spiel brachte.

Getragen von einer großen Sympathiewelle von Anwohnern, Teilen der Bürgerschaft, Sportlern und Schulen für den Erhalt des Floschenstadions rechtfertigen, dass diese Variante B eingehend untersucht wird.

Von dieser Untersuchung erwarten wir, dass die Ergebnisse der Gutachten transparent, aussagefähig und nachvollziehbar sind. Dass eine Vergleichbarkeit was Konzeption und Kosten betrifft mit der Variante A möglich ist. Wenn all diese Kriterien erfüllt sind, ist es möglich, eine Entscheidung zu treffen, welche der Sache und der Bürgerschaft gerecht wird. Bei beiden Varianten sehen wir dringend die Notwendigkeit, dass nach Möglichkeiten gesucht wird, um Einsparungen zu erzielen, denn wenn die Kosten wie bei Variante A enorm davonlaufen, ist es nicht getan, einen neuen Weg zu beschreiten, sondern wir sollten die Kostensituation erreichen, die eine Verwirklichung machbar und vertretbar erscheinen lässt.

Dieses werden wir noch mit einem Antrag konkretisieren. Im Zusammenhang mit dem Zustand des Floschenstadions kam des öfteren der Vorwurf, an der Liegenschaft wurde einfach nichts gemacht bzw. entsprechende Instandhaltungsmaßnahmen wurden nicht durchgeführt. Einen Teil davon kann man sicherlich der schlechten Haushaltssituation der Vergangenheit anlasten, aber ganz lässt sich der Vorwurf nicht ausräumen. Wir nehmen dies sehr ernst, darum werden wir beantragen, das ein – bzw. auch zweimal im Jahr der TUA vor Ort geht und städtische Gebäude in Augenschein nimmt und sich von deren Zustand überzeugt.

Wir wissen, dass die verantwortlichen Personen der Gebäudewirtschaft ihr Bestes geben. Nur wie die Abläufe und Umsetzungen von Bau- und Sanierungsmaßnahmen stattfinden, so ist dies nicht zufriedenstellend: Beispiel Klostergarten.

In der Vergangenheit wurde bei Bedarf von Bauingenieuren, Architekten und Planern auf befristete Arbeitsverhältnisse gesetzt. Die Gründe dafür sind bekannt und nachvollziehbar. Aber die Erkenntnisse daraus verdeutlichen, dass dies so nicht funktioniert, Wir erreichen bei vielen Baumaßnahmen keine Kontinuität. Es gibt Verzögerungen, Fertigstellungen müssen mehrmals verschoben werden und die Kosten galoppieren davon. Da beantragen wir eine Aufstellung: wie viele Stellen sind Festanstellungen, wie viele sind befristet, wie war die Fluktuation und was benötigen wir, um den anstehenden Aufgaben gerecht zu werden. Dann können wir entscheiden, gehen wir den Weg in Richtung Festanstellung oder geben wir komplette Planungs- und Bauobjekte in die Hände von entsprechenden Planungs- und Ingenieurbüros. So wie in der Vergangenheit können und wollen wir nicht weitermachen.

In diesem Zusammenhang fragen wir, wie geht es mit dem Stadteiltreff Viehweide weiter und wie ist der Stand bei der Kindertagesstätte Max-Liebermann-Weg?

In sämtlichen Baumaßnahmen im öffentlichen Raum erwarten wir, dass Barrierefreiheit mit berücksichtigt wird.

Die Weiterentwicklung des Radwegenetzes ist ein laufender Prozess, dabei ist zu beachten, dass Maßnahmen zur Entschärfung von Gefahrenstellen erarbeitet werden.

Es wird vermehrt festgestellt, dass immer öfter Rotlichtsignale missachtet werden. Daraus resultiert die Sorge vieler Eltern von Schulkindern, dass vieler Orts kein sicherer Schulweg mehr gewährleistet ist. Dieses ist ein gravierendes Sicherheitsrisiko und da erwarten wir, dass entsprechende Maßnahmen getroffen werden.

Der ruhende Verkehr ist in vielen Wohnquartieren ein großes Problem. Tagsüber ist die Situation entsprechend entspannt, viele sind bei der Arbeit und man weiß auch, dass es tagsüber entsprechende Kontrollen gibt. Aber in den Abendstunden entsteht des öfteren eine Situation, die ein Sicherheitsrisiko darstellt, denn es ist nicht überall gewährleistet, dass Rettungs- und Feuerwehrfahrzeuge entsprechende Zugänge und Aufstellflächen vorfinden. Daher beantragen wir, dass der ruhende Verkehr auch in den Abend – und Nachtstunden überprüft wird.

Wir haben in der Vergangenheit und werden auch in der Zukunft in unsere Schulen viel investieren. Ob bei Bau- oder Sanierungsmaßnahmen, es wird uns noch lange begleiten. Um den Bedürfnissen und Anforderungen gerecht zu werden, besteht zwischen Verwaltung und Schulen ein Dialog in Form eines Sachstandsberichtes über laufende Bau- und Sanierungsmaßnahmen. Dies begrüßen wir ausdrücklich, hätten aber gerne ebenfalls einen aktuellen Statusbericht.

So wie es mit den Schulen gehandhabt wird beantragen wir, dies mit den Kindertagesstätten und Kindergärten ebenfalls zu tun.

In dem Zusammenhang verweisen wir auch auf unseren Antrag, dass im zukünftigen Ausschuss „Bildung und Betreuung“ je ein Platz für einen Vertreter der Kitas und der Senioren geschaffen wird.

Ebenfalls ein Dauerthema ist unsere Innenstadt, Baumaßnahmen Feger Nord und der Erwerb des Postareals sind positive Faktoren. Wir haben eine aktive Wirtschaftsförderung und ein kreatives Citymarketing, welche wichtige Beiträge für die Innenstadt leisten.

Es läuft der Prozess „Echt-Stadt“, da stellen wir die Frage, wie ist der Stand der Umsetzung und wie ist die Zeitschiene?

Alle weiteren Maßnahmen, welche zum Teil auch erst mittelfristig machbar sind, werden wir aber positiv begleiten.

Des Weiteren beantragen wir, die Verwaltung möge klären, ob ein Einzelhandel im Gewerbegebiet Ost erlaubt ist, bzw. welche Möglichkeiten es gibt, auf gewisse Auswüchse entsprechend zu reagieren.

Was Baugebiete betrifft, ging die Aufsiedlung von Allmendäcker rasend schnell von statten. Aus der Bevölkerung taucht die Frage auf, wie mit Allmendäcker 2 umgegangen wird und ob es da von der Verwaltung schon diverse Überlegungen gibt?

Was uns Sorgen macht.- Wie in der Verwaltung bezüglich des Grundstücksverkehr verfahren wird.

Z.B. wenn bei einem Tauschgeschäft städtische Flächen, welche landwirtschaftlich genutzt werden und in Gebieten liegen wo nur Landwirtschaft möglich ist, getauscht werden. Wenn dazu noch mitgeteilt wird, da seien Baulichkeiten für Lagerhaltung bzw. Sonstiges möglich, kann man nur daraus schließen, dass Unbedarftheit, Unbekümmertheit und Ahnungslosigkeit nicht zu übertreffen sind.

Grund und Boden verpflichtet, dies gilt auch für die Stadtverwaltung. Er ist nicht vermehrbar und wird, was nicht bedacht ist, immer weniger. Diese Flächen dienen vorwiegend der landwirtschaftlichen Nutzung, die Wege den Spaziergängern, Radfahrern, Freizeitsportlern, Erholungssuchenden und vielen mehr.

Dieses hohe Gut wollen wir so weit wie möglich erhalten und ihm gilt unsere besondere Fürsorge.

Daher beantragen wir, dass jedes Grundstück, welches von der Stadt gekauft, verkauft, getauscht, gepachtet oder verpachtet wird, dem Gemeinderat bzw. Verwaltungsausschuss zur Kenntnis bzw. zur Entscheidung vorgelegt wird.

Interessant ist auch die Diskussion um das Jugend und Kulturzentrum, schwerpunktmäßig das Projekt Domo – Novo. Die Verantwortlichen, die sich in das Projekt einbringen verdienen, Respekt und Anerkennung. Wir stehen der Sache auch aufgeschlossen gegenüber, haben aber auch gewisse Sorgen und Bedenken.

Zum einen erscheint es uns kaum lösbares Problem, die vorhandenen Eigentumsverhältnisse zu klären. Zum anderen sehen wir bei der Kostensituation, bei allem Wohlwollen, inklusive des Gedankens, das AOK-Gebäude einer Bebauung zuzuführen um eine Gegenfinanzierung zu erreichen, noch ein erhebliches Defizit.

Das hat uns auch veranlasst, gemeinsam mit den FWS einen Antrag zu stellen, um zu prüfen, ob so etwas inklusiv Vereinshaus auch auf dem AOK- Gelände realisierbar wäre.

Dies hätte den Vorteil, klare Eigentumsverhältnisse und eine zeitnahe Umsetzung möglich zu machen. Wir sind auch überzeugt, dass es nicht schädlich ist, wenn beide Verfahren und Prüfungen parallel stattfinden.

Bei einer Standortsuche für einen Jugendtreff sehen wir das Oktogon als geeignet an. In diesem Zusammenhang mahnen wir die Satzungsänderung des Jugendgemeinderats an sowie eine exakte Stellenbeschreibung des Jugendreferenten. Wir wollen auch geprüft haben, ob es Vorteile hat, wenn die mobile Jugendarbeit beim Stadtjugendring angesiedelt ist.

Gefordert sind wir auch beim weiteren Ausbau der Ferienbetreuung.

Ein weiterer Schwerpunkt wird die Weiterentwicklung der Integration mit Fokus auf die gegenwärtige Flüchtlingssituation sein.

Unsere städtischen Tochterunternehmen, Beteiligungen und Zweckverbände sind ihren Aufgaben gerecht geworden. Sie haben eine gute, wertvolle Arbeit erbracht und haben zu der zufriedenstellenden Haushaltssituation erheblich mit beigetragen.

Anträge aus den Vorjahren, welche nicht erledigt sind, werden wir erneut aufrufen. Neue Anträge werden als Bestandteil der Haushaltsberatungen mit eingebracht. Einzelne Positionen in den Teilhaushalten werden wir bei den Beratungen in den Ausschüssen ansprechen.

Zum Schluss darf ich mich bedanken bei unseren vielen Bürgerinnen und Bürgern, welche sich auf den verschiedensten Feldern ehrenamtlich einbringen und deren Arbeit unverzichtbar ist, sowie bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Verwaltung für ihren Einsatz, insbesondere bei denen, die bei der Erstellung dieses Haushaltes mitgewirkt haben.

Uns allen wünsche ich gute und konstruktive Beratungen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.